

# WIRTSCHAFT

▲ DAX 6539,85 +1,84 %
▲ EURO (DOLLAR) 1,3115 +1,43 %  
▲ TECDEX 745,78 +0,87 %
▼ UMLAUF-RENDITE 1,58 -2,47 %



## Lebensversicherung: Zinsen auf Rekordtief

50 von 67 Lebensversicherern senken ihre Verzinsung. Der Zins fällt im Schnitt auf 4,73 Prozent. Seite 8



## Tom Enders wird neuer Chef des Luftfahrtkonzerns EADS

Nach langem Streit hat sich Deutschland gegen Frankreich durchgesetzt: Der deutsche Spitzenmanager Tom Enders wird künftig die Airbus-Mutter EADS führen. Seite B 2



## Nach Schlecker meldet auch IhrPlatz Insolvenz an

Die Verflechtungen zwischen Deutschlands größter Drogeriekette und ihrem Tochterunternehmen seien zu eng, heißt es. Seite B 3

### KOMPAKT

## EU-Gericht genehmigt Kettenbefristung von Arbeitsverträgen

**BERLIN (RP)** Der Europäische Gerichtshof hat die EU-Staaten aufgefordert, einen Missbrauch in Betrieben durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge zu verhindern. Wichtig sei die Festlegung sachlicher Gründe, die die Verlängerung solcher Verträge rechtfertigten. Ein solcher Grund könne nach EU-Recht ein vorübergehender Bedarf an Vertretungskräften sein, so wie es das deutsche Recht vorsehe, entscheiden die Richter. Geklagt hatte eine Justizangestellte in Köln, die elf Jahre lang 13 mal in Folge befristet beschäftigt war. Die Frau hatte argumentiert, dass eine Verlängerung befristeter Verträge nur bei einem „vorübergehenden“ Vertretungsbedarf möglich sei. Davon könne aber bei einer Beschäftigungszeit von elf Jahren keine Rede sein, weshalb sie dauerhaft angestellt werden müsse. Unternehmen seien dazu nicht automatisch verpflichtet, erklärten die EU-Richter.

## Verdi einigt sich mit der Lufthansa auf Tarifvertrag

**BERLIN (dpa)** Im Tarifkonflikt bei der Lufthansa ist nach Angaben der Gewerkschaft Verdi eine Einigung für rund 33 000 Beschäftigte erzielt worden. Demnach erhalten die Mitarbeiter am Boden, in der Technik und bei der Frachtochter Cargo rückwirkend zum 1. Januar 3,5 Prozent mehr Gehalt, bei einer Vertragslaufzeit von 13 Monaten. Außerdem sei der Zuschlag zum Urlaubsgeld auf 1075 Euro erhöht worden, heißt es. Diese zusätzliche Komponente habe die Tarifkommission veranlasst, dem Tarifergebnis zuzustimmen, teilte Verdi gestern mit. Keine Einigung gab es hingegen für das Kabinenpersonal. Aus dem Umfeld der Kabinengewerkschaft UFO heißt es, dass das Angebot der Lufthansa für die rund 17 000 Stewards und Stewardessen abgelehnt worden sei.

## Auch IG Metall NRW wird bis zu 6,5 Prozent fordern

**DÜSSELDORF (RP)** Bei der anstehenden Tarifrunde für die rund 700 000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in NRW will die IG Metall kräftige Lohnerhöhungen durchsetzen. Zwar beschloss die Tarifkommission des NRW-Bezirks keine konkreten Forderungen. Die Erwartungen bewegen sich aber in vergleichbarer Größe wie in Baden-Württemberg, teilte die Gewerkschaft mit. Dort wurde am Vortag eine Forderung von 6,5 Prozent vorgeschlagen. Dem schloss sich gestern auch die IG Metall Niedersachsen an: Die Gewerkschaft will dies für die 100 000 VW-Beschäftigten an den sechs westdeutschen Standorten durchsetzen. Die Gesamtforderung wird der IG-Metall-Vorstand Anfang Februar präsentieren. Über die Entgelterhöhung verhandelt wird Mitte Februar. Derzeit laufen bereits Gespräche über die Leiharbeiter und die Übernahme von Auszubildenden.

## Kaufkraft der Verbraucher steigt wieder kräftig an

**NÜRNBERG (dpa)** Nach schwacher Konsumlaune Ende 2011 hat sich die Verbraucherstimmung zu Beginn 2012 aufgehellt. Die Verbraucher seien optimistischer, stellt die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in ihrer Konsumklimastudie für Januar fest. Vor allem der Konjunkturoptimismus sei gewachsen. Auch die Neigung der Verbraucher zu größeren Anschaffungen habe zugelegt. Zudem rechneten viele Haushalte mit einem wachsenden Einkommen. Der Index werde im Februar von 5,7 auf 5,9 Prozent steigen, so die GfK.

## Umsatz des Einzelhandels in NRW wächst nur leicht

**DÜSSELDORF (dpa)** Der NRW-Einzelhandel hat 2011 ein leichtes Plus erzielt. Der Branchenumsatz stieg nach Angaben des Statistischen Landesamtes nominal um 1,6 Prozent gegenüber 2010. Inflationsbereinigt blieb er allerdings auf Vorjahresniveau. Bundesweit wird für den Einzelhandel mehr Wachstum als in NRW erwartet: Das Statistische Bundesamt sprach von etwa 2,8 Prozent.

### SCHWERPUNKT EURO-SCHULDENKRISE

# Tut Merkel genug für Europa?

In Europa werden die Rufe lauter, Deutschland möge mehr für die Rettung des Euro tun. Doch die **Kanzlerin** wehrt sich gegen die Aufstockung des **Rettungsschirms**. Sie will den deutschen **Steuerzahler** nicht weiter belasten. Auf dem EU-Gipfel am Montag wird es einsamer um sie.

## NEIN



„Der Rettungsfonds ist zu klein, um Italien zu retten.“

**Gustav Horn**  
Chef des Forschungsinstituts IMK

## JA



„Mehr Geld löst die Probleme nicht.“

**Michael Meister**  
Vize-Chef der Unions-Bundestagsfraktion

### VON BIRGIT MARSHALL

**BERLIN** Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) steht international in der Kritik: Die mächtigste Frau Europas setze in der Schuldenkrise zu sehr auf langfristig wirkende Strukturereformen und Haushaltskonsolidierung und vertiefe damit die Rezession in Europa, monieren etwa die US-Regierung oder der Internationale Währungsfonds (IWF). Ähnlich sieht es Gustav Horn, Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Merkels Krisenmanagement verteidigt in unserem Doppelinterview Michael Meister, Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag.

*Herr Horn, Herr Meister, die Kanzlerin will mit Strukturereformen für mehr Wachstum im Euro-Raum sorgen. Ist das der richtige Weg?*

**Horn** Manche Länder, die Wettbewerbsprobleme haben, brauchen in der Tat strukturelle Reformen. Allerdings ist das kurzfristig kein wirksames Mittel, um Wachstum und Beschäftigung zu steigern. Wenn man kurzfristig etwas dagegen tun will, dass die Wirtschaftsleistung einiger Länder um drei, vier oder fünf Prozent schrumpft, muss man die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ankurbeln. Hier spielen mehr öffentliche Gelder eine Rolle, um die Infrastrukturin-

vestitionen zu steigern. Wir brauchen also auch öffentliche Investitionsprogramme. Dafür nur die unverbrauchten Mittel aus den EU-Strukturfonds zu verwenden, ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

**Meister** Die Länder haben lange über ihre Verhältnisse gelebt und müssen jetzt umsteuern. Das ist schmerzhaft, ähnlich wie ein Drogenentzug. Dies kann aber nur gelingen, wenn wir gleichzeitig die verkrusteten Strukturen aufbrechen. Daher ist es richtig und für den Erfolg zentral, dass wir solidarische Hilfe gewähren, aber gleichzeitig auch Eigenverantwortung einfordern. Die vereinbarten Reformkonzepte sind die Grundlage für nachhaltige und solide Haushalte. Und die Grundlage für künftigen Wohlstand in diesen Ländern. Daher haben wir auch mit dem Euro-Plus-Paket die Voraussetzungen für ein strukturelles Wachstum geschaffen.

*Die Bundeskanzlerin lehnt die Aufstockung des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM von 500 auf 750 Milliarden Euro oder mehr ab. Kommt sie am Ende trotzdem?*

**Horn** Wahrscheinlich ja. Denn es ist völlig klar, dass die ESM-Mittel nicht ausreichen würden, wenn beispielsweise ein Land wie Italien aufgefangan werden müsste. Das wissen auch die Märkte, sie könnten in Panik verfallen und die Ren-

den Italiens oder anderer Länder könnten dann so hoch sein, dass eine Schuldenspirale ausgelöst würde. Die Alternative wäre, dass die EZB in größerem Umfang einspringt, aber das hat die Bundesregierung ja auch ausgeschlossen. Sie hat also im Moment kein Mittel zur Lösung der Schuldenkrise.

**Meister** Ich sehe aktuell keinerlei Bedarf, das Gesamtvolumen zu erhöhen. Man sollte nicht glauben, dass das Bereitstellen von Geld die Probleme löst. Es kann aber sinnvoll sein, die ESM-Bareinlage in 2012 schneller bereitzustellen. Wir tragen dies mit, wenn auch die anderen Euro-Staaten ihre Anteile entsprechend schneller einzahlen. Im Übrigen wird im März im Lichte der weiteren Entwicklung geprüft, ob

### INFO

#### Zwei Meinungen

**Gustav Horn** (57) leitet seit 2005 das gewerkschaftsnahe Wirtschaftsforschungsinstitut IMK in Düsseldorf. Er vertritt einen keynesianischen Ansatz, wonach der Staat viel zur Steuerung der Wirtschaft tun kann.

**Michael Meister** (50) ist Mathematiker und als Vize der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständig für Wirtschaft und Finanzen. Er setzt vor allem auf Strukturereformen.

eine Änderung notwendig sein sollte.

*Griechenland soll sich nach Auffassung der Bundeskanzlerin verpflichten, noch mehr Sparauflagen und Strukturereformen umzusetzen, um weitere Hilfgelder zu bekommen. Wie bewerten Sie diese Forderung?*

**Horn** Griechenland hat schon ungeheuer viel getan und seine Wirtschaft ist als Folge daraus weiter abgestürzt. Wenn man nun die Spar-Schraube noch mehr anzieht, wird man die Krise weiter verschärfen. Griechenland braucht aber eine Wachstumsperspektive. Durch das immer neue Anziehen der Spar-Schraube wächst nur die Verzweiflung in der griechischen Bevölkerung. Man braucht einen langen Atem bei Griechenland, schnelle Erfolge wird es nicht geben.

**Meister** Wir sind solidarisch, fordern aber auch die eigene Verantwortung ein. Viele Reformen sind notwendig, sei es in Richtung Privatisierungen oder in der Verwaltung. Die Einzelheiten werden EZB, IWF und Kommission in bewährter Form mit den Griechen vereinbaren und streng überwachen. Das ist kein Selbstläufer. Denn jede Auszahlung weiterer Hilfen ist von einem einvernehmlichen Urteil dieser drei Institutionen abhängig. Eine nachhaltige Stabilisierung Griechenlands kann aber nur gelingen, wenn die Tragfähigkeit der Fi-

nanzien nachhaltig gesichert ist, wozu auch die privaten Gläubiger ihren Anteil leisten müssen.

*Die Bundeskanzlerin will Griechenland in der Euro-Zone halten, obwohl es sich ohne fremde Hilfe nicht mehr refinanzieren kann. Sollte Griechenland wirklich Euro-Mitglied bleiben?*

**Horn** Ja, man kann Griechenland in der Euro-Zone halten. Das Land ist klein genug, um noch über viele Jahre aus dem Rettungsschirm finanziert werden zu können. Griechenland muss erst eine effiziente Steuerverwaltung aufbauen. Wir brauchen mindestens noch zwei bis drei Jahre Geduld, bis wir erste Erfolge der Reformbemühungen sehen werden.

**Meister** Selbstverständlich geht das, wenn alle es wollen. Wir wollen, dass Griechenland in der Euro-Zone verbleibt, verlangen aber auch einen eigenen Einsatz. Nicht auszuschließen ist, dass das griechische Parlament einen freiwilligen Austritt beschließt. Einen solchen demokratischen Beschluss würde ich selbstverständlich respektieren, aber auch bedauern. Wir sind dank unterschiedlicher Maßnahmen auf diesen Fall vorbereitet und könnten die Folgen abfedern. Die Auswirkungen auf Griechenland aber wären fatal, weil mit einem Austritt die eigentlichen Probleme nicht gelöst, jedoch mit einem Schlag wirksam würden.

### → KOMMENTAR

## Ohne Athen

Die finanzielle Gesundung Griechenlands ist im Euro-Raum nicht mehr zu gewährleisten. Diese Erkenntnis reift allmählich. Wie soll das auch gehen? Sparen, sanieren und Wachstum erzeugen und auch noch Schulden abbauen?

Die Zahlen aus Athen lesen sich wie eine Bankrotterklärung. Die Staatsverschuldung lag 2011 bei knapp 160 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Lücke zwischen Staatseinnahmen und Ausgaben liegt bei 20 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen sinken wegen der wirtschaftlichen Stagnation. Ein freiwilliger (vorübergehender) Austritt Griechenlands aus dem Euro, eine Abwertung der Währung, ist wohl die einzige Lösung. Nur wenn Griechenland drastisch billiger wird, kann es wieder wettbewerbsfähig werden. Diese Operation tut weh. Teurer als immer neue Transfers Richtung Athen dürfte sie dennoch nicht sein.

MICHAEL BRÖCKER

# Das zahlen die Deutschen für die Euro-Rettung

### VON ANJA INGENRIETH

**BRÜSSEL** Bundeskanzlerin Angela Merkel gibt vor dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am Montag „Madame Non“. Forderungen nach einer Aufstockung der Rettungs-Fonds wehrt sie ab. Noch zumindest. Klar scheint: Berlin wird zur Euro-Stabilisierung weitere Lasten stemmen müssen. So machte EU-Währungskommissar Olli Rehn gestern in Davos deutlich, dass Griechenlands Pleite wohl nur mit einem größeren Hilfs-Beitrag der Euro-Länder verhindert werden kann. Derzeit mit den Banken verhandelte Forderungsverzicht werde nicht ausreichen, um die Schuldenlast Athens von derzeit gut 160 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf die als tragbar geltenden 120 Prozent bis 2020 zu senken. „Es wird wahrscheinlich einen höheren Bedarf an öffentlicher Finanzierung geben“, sagte er.

Das heißt: Das geplante zweite Hilfspaket von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) muss größer als die geplanten 130 Milliarden Euro ausfallen. Oder der Schuldenerlass wird auf öffentliche Gläubiger wie die Europäische Zentralbank (EZB) ausgedehnt, was diese bislang strikt ablehnt. Falls sich die EZB, deren Kapital zu 27 Prozent aus Deutschland stammt, am Schuldenschnitt für Athen beteiligt, müsste sie Verluste von 22 Milliarden Euro hinnehmen.

Entscheidungen sollen zwar erst fallen, wenn der Bericht der Troika aus EU, EZB und IWF über die Reformfortschritte in Athen vorliegt, was für Februar erwartet wird. Schon jetzt ist klar: Das Konsolidierungsprogramm ist aus der Spur geraten. Athen saniert nicht genug, zugleich rutscht die Wirtschaft tie-

fer in die Rezession. Auch anderen klammen Süd-Staaten geht das so. Daher will der Gipfel ein Wachstumsprogramm auflegen.

Wie soll das finanziert werden? Wohl über eine Umwidmung von Geldern. Normalerweise werden ungenutzte Mittel aus Brüsseler Töpfen an die EU-Staaten zurücküberwiesen. Der Gipfel kann aber nun beschließen, das ungenutzte Geld zur Wachstumsförderung in Italien und Griechenland einzusetzen. „Das wäre ein großer Akt der Solidarität von deutscher Seite“, hieß es gestern in Diplomatenkreisen. Allein 2011 verfielen Fördermittel in Höhe von 740 Millionen Euro, davon stehen Deutschland als größtem Netozahler der EU rund 20 Prozent zu. Dieses Geld könnte nun statt nach Berlin nach Rom und Athen fließen.

### EU-Kommissar: „Griechenland braucht noch mehr Geld“

Griechenland einzusetzen. „Das wäre ein großer Akt der Solidarität von deutscher Seite“, hieß es gestern in Diplomatenkreisen. Allein 2011 verfielen Fördermittel in Höhe von 740 Millionen Euro, davon stehen Deutschland als größtem Netozahler der EU rund 20 Prozent zu. Dieses Geld könnte nun statt nach Berlin nach Rom und Athen fließen.